

Gefährlicher Explosionsstoff

Rentenpolitik braucht eine Korrektur
VON MARGRET KIOSZ

Die Ursache allen Übels ist bekannt: Weil in einer alternden Gesellschaft die Sozialbeiträge zwangsläufig explodieren, senkte Rot-Grün 1999 das Rentenniveau um ein Drittel. Bis 2020 – das ist in fünf Jahren – soll es auf 46 Prozent absinken, bis 2030 gar auf 43 Prozent. Selbst wer sich einen Riestervertrag leisten kann, wird seinen Lebensstandard drastisch einschränken müssen. Die Hoffnungen in die kapitalgedeckte Versorgungssäule haben sich angesichts niedriger Zinsen und gebührenhungriger Versicherungs-kraken in Luft aufgelöst. Und was an Betriebsrente fließt, wird weggesteuert. Rentner werden künftig also vorwiegend auf die stark schrumpfende gesetzliche Rente angewiesen sein – und das birgt Explosionsstoff. Die neu gegründete Aktionsplattform Seniorenaufstand lässt ahnen, was da auf uns zukommt.

Die Protestbewegung hat in der Analyse recht: Die Älteren werden um die Ernte ihrer harten Arbeit gebracht. Auch, weil die Politik immer wieder in die Rentenkasse gegriffen hat – bei der deutschen Einheit, für die Kriegsoffer und die Spätaussiedler. Kein Wunder, dass heute zwischen den Durchschnittsbezügen von Pensionären und Rentnern ein gewaltiger Unterschied klafft.

Zurückdrehen kann man diese Fehlentwicklung nicht, zumal der Gipfel der demographischen Krise noch bevorsteht und die Jungen nicht über Gebühr belastet werden dürfen. Aber man kann korrigieren. Zum Beispiel, indem man Arbeitgeber an die solidarische Kandare nimmt. Oder durch ein kapitalgedecktes Basisprodukt zur Altersvorsorge unter öffentlich-rechtlicher Verwaltung als Alternative zum Riestern. Der Vorteil: Die Versicherungsgesellschaften verlieren die Macht über unsere Renten und die eingesparten Verwaltungskosten (zwölf Prozent) kommen Senioren und nicht Aktionären zugute. Dafür müsste die Bundesregierung aber die Versicherungs-Lobbyisten vom Hof jagen, die sich hinter Stiftungen, angeblich sozialen Initiativen und Professorentiteln verstecken. Womöglich muss der Seniorenaufstand erst Pegida-Ausmaße annehmen, bevor Berlin aufwacht.